

Sitzung des Landtags am 08.11.2017

Aktuelle Debatte zum Thema „Pflege in Baden-Württemberg“

Stefan Teufel MdL

Sozialpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

„Sehr geehrte Frau Präsidentin, geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Die CDU-Landtagsfraktion möchte, dass sich die pflegebedürftigen Menschen im Land Baden-Württemberg gut versorgt wissen. Aber wir alle wissen, die aktuellen Prognosen sehen negativ aus. Die Anzahl der pflegebedürftigen Personen nimmt auch im Land Baden-Württemberg von Monat zu Monat zu. Die Lebenserwartung ist in den vergangenen Jahren gestiegen. Das ist eine sehr erfreuliche Bilanz, und der medizinische Fortschritt trägt dazu bei, dass die Lebenserwartung auch in den nächsten Jahren weiter steigen wird –eine sehr erfreuliche Entwicklung. Zugleich steigt aber auch die Zahl der Menschen mit Mehrfacherkrankungen. Die Intensität der Betreuung nimmt zu, und damit steigen auch die Anforderungen an die Pflegekräfte. Leider hält der Zuwachs an Fachpersonal nicht mit dem wachsenden Bedarf Schritt. Dies liegt auch daran, dass der Pflegeberuf in der Öffentlichkeit leider nicht den gewünschten Stellenwert hat. Daher möchte ich mich an dieser Stelle zunächst bei allen Menschen, die in der Pflege tätig sind, für ihren Einsatz und ihr Engagement bedanken.

Der demografische Wandel hinterlässt auch im Land Baden-Württemberg sichtbare Spuren. Die SPD war natürlich auch in der Enquetekommission „Pflege“, die die CDU-Landtagsfraktion beantragt hatte, maßgeblich beteiligt. Sie konnte somit erheblich zu den Weichenstellungen im Land Baden-Württemberg, auch mit einer SPD-Ministerin, beitragen. Die Mitglieder der Enquetekommission haben gemeinsam mit Experten über zwölf Monate viele Handlungsempfehlungen erarbeitet. Durch diese engagierte Arbeit aller Beteiligten konnte eine Vielzahl von Handlungsempfehlungen erarbeitet werden, die jetzt auch im laufenden Haushaltsprozess mit etatisiert werden müssen. Bei der Erarbeitung der

Handlungsempfehlungen wurden insbesondere auch die Krankenhäuser in den Blick genommen. Ein zentraler Aspekt war nach wie vor die angespannte Personalsituation in der Pflege. Dies hängt auch stark mit den Arbeitsbedingungen zusammen. Die Frage einer angemessenen Vergütung ist, ebenso wie die Frage der Arbeitsbelastung, ein zentraler Faktor. In diesem Zusammenhang ist auch die insgesamt angespannte finanzielle Situation der Krankenhäuser im Land von Bedeutung. Die Krankenhausförderung wurde in den vergangenen Jahren erheblich erweitert. Dennoch fordern wir vom Bund eine angemessene Betriebskostenfinanzierung, vor allem bei den Fallpauschalen. Unter Berücksichtigung dieser Aspekte hat die Enquetekommission im Land Baden-Württemberg zahlreiche Handlungsempfehlungen erarbeitet. Daher ist es ein wichtiges Signal, dass die Koalitionsfraktionen von Grün-Schwarz auch dieses Jahr in den Haushaltsberatungen beschlossen haben, dass die Handlungsempfehlungen der Enquetekommission Mitbestandteil in den Haushaltsberatungen des Doppelhaushalts 2018/2019 sein müssen.

Wir werden uns im Bund dafür einsetzen – auch in der kommenden Legislatur –, dass das Thema „Personalkosten im Pflegebereich“ eine stärkere Gewichtung erhält. Aus diesem Grund sehen wir auch einen wachsenden Bedarf bei der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse im Krankenbereich. Die Anerkennung der Abschlüsse massiv aufzustocken, hat die CDU-Landtagsfraktion unterstützt und hierfür dem Ministerrat auch grünes Licht erteilt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, unser Ziel ist und bleibt es, in Baden-Württemberg die Pflege zukunftssicher zu machen. Aber wenn wir über die Frage sprechen, was die Politik tun kann, dürfen wir den Bereich auf der Bundesebene nicht vergessen. Dort wurden in den vergangenen Jahren, unter Minister Gröhe, zahlreiche gute Gesetze auf den Weg gebracht. Zu nennen ist das Krankenhausstrukturgesetz. Dieses Gesetz stärkt die Qualität der Krankenhausversorgung und erhöht die Zahl der Pflegekräfte am Krankenbett. Somit wurde z. B. das Pflegestellen-Förderprogramm errichtet. Für diese Förderung der Pflege am Bett werden von 2016 bis 2018 Fördermittel von bis zu 660 Millionen € bereitgestellt. Ab 2019 stehen dauerhaft bis zu 330 Millionen € pro Jahr zur Verfügung. Ich denke, mit diesen Summen kann man etwas bewegen. Mit dem Pflegestärkungsgesetz wurden wichtige Verbesserungen erreicht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, um dem drohenden Pflegenotstand begegnen zu können, sind aber alle politischen Ebenen gefordert. Denn trotz der oben dargestellten Maßnahmen müssen noch weitere Schritte getan werden, wie z. B.

auch Finanzierungsüberlegungen zum Pflegestellenschlüssel, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, aber auch die Entbürokratisierung. Ich schlage zudem eine Imagekampagne für die Pflegeberufe in Baden-Württemberg vor. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gilt auch zu prüfen, ob zukunftsfähige Lösungen in den Pflegebereich zu adaptieren sind. Wir waren mit dem Sozialausschuss in Finnland. Dort wurde das Thema E-Health ebenfalls intensiv diskutiert und bereits umgesetzt. Wir werden intensiv darauf hinarbeiten, dass diese Problemstellung im Land Baden-Württemberg gelöst wird. Denn wir alle wissen: In der Sozialpolitik braucht man einen langen Atem. Herzlichen Dank.“